



Conseil d'État
Staatsrat

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

ANTWORT AUF DAS POSTULAT

Urheber	Moreno Centelleghé PLR, Cédric Rosaire PLR und Jasmine Ballay (Suppl.) PLR
Gegenstand	Schlechte Zahlungsmoral des Staates
Datum	11. März 2016
Nummer	6.0060

Die Postulanten fordern den Staatsrat auf, konkrete Lösungen einzuführen, um zu vermeiden, dass die öffentlichen Gemeinwesen in eine missliche Lage gebracht werden, wo sie doch weiterhin investieren und ihre Infrastrukturen unterhalten müssen.

Gemäss Artikel 23 des Subventionsgesetzes dürfen Subventionen an Investitionen nur im Rahmen der bewilligten Kredite ausbezahlt werden. Weiter wird unter Absatz 2 präzisiert, dass wenn die Kredite nicht ausreichen, eine Prioritätenordnung für die Beurteilung der Gesuche sowie für die Zusicherung und Auszahlung der Subventionen erstellt werden muss. Unter Absatz 3 werden folgende zwei Aspekte erläutert: Erstens werden Gesuche um Abgeltungen, die aufgrund der Prioritätenordnung einstweilen nicht berücksichtigt werden können, von der zuständigen Behörde überprüft und dem Grundsatz nach zugesprochen, wenn die Abgeltungsvoraussetzungen erfüllt sind. Zweitens legt die zuständige Behörde fest, zu welchem Zeitpunkt die Abgeltung ausbezahlt wird.

Diese seit zahlreichen Jahren geltenden Gesetzesbestimmungen erweisen sich bei Budgetengpässen als restriktiv. Seit der Rechnung 2012 stehen die kantonalen Finanzen an einem Wendepunkt. Die Rechnungen 2013 und 2014 schlossen mit Fehlbeträgen ab, die es in den kommenden Jahren abzuschreiben gilt. Dank der Verbesserung der Rechnung 2015 sollte der Staat in der Lage sein, die ausstehenden Beträge bis Ende 2016 zu begleichen.

Die Regierung wird alles daran setzen, um die Subventionen baldmöglichst auszahlen zu können. Sie will die guten Beziehungen zu den Gemeinden keineswegs belasten.

Das Postulat wird im Sinne der Antwort zur Annahme empfohlen.

Auswirkungen Administration: keine

Auswirkungen Finanzen: angesichts der doppelten Ausgaben- und Schuldenbremse stehen keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung. Es handelt sich um eine Priorisierung der Projekte.

Auswirkungen Personal (VZE): keine

Auswirkungen NFA: keine

Ort, Datum Sitten, 18. Mai 2016